

Bezugspreise:

Wortpreis 180.- M. monatlich 60.- M. ...

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Voll und Zeit" ...

Leserinnen-Adresse: "Sozialdemokrater Brief"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareilzeile kostet 18.- M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 13. Juli 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Antwort der Reparationskommission.

Stimmungsübersicht in Frankreich.

"Petit Parisien" zufolge wird die Reparationskommission der deutschen Regierung ...

Die Haltung Frankreichs dem Moratoriums-antrag gegenüber hebt sich bereits heute in der französischen Presse ab. "Echo de Paris" steht allein, wenn es dazu auffordert, ein böswilliges Verhalten Deutschlands festzustellen ...

doner Zahlungsplan zu revidieren. Wenn diese Zustimmung von dem Schuldenausgleich unter den Alliierten abhängig gemacht wird, so liegt das durchaus auf der Linie, die auch von England ...

Das nächste Wort hat also England. Im Unterhaus sind in dieser Beziehung verschiedene Anfragen an die englische Regierung gerichtet worden. Robert Horne begnügte sich als Regierungsvertreter mit der Antwort, die englische Regierung besaße sich andauernd mit dem Reparationsproblem und überlasse die Angelegenheit nicht der Reparationskommission ...

Zersplittert und hilflos.

Die Lage der Arbeiterklasse in Italien.

O. L. Rom, den 7. Juli 1922.

Je schwieriger die allgemeine Lage in Italien wird, je mehr sie daher Einigkeit und Geschlossenheit des Proletariats erheischt, um so mehr lassen die verschiedenen proletarischen Richtungen in ihrer tatsächlichen Stellungnahme auseinander. Heute hat es die faschistische Gewalt in Italien so weit gebracht, daß sie die Stadtverwaltungen, die ihr nicht genehm sind, einfach dadurch auflöst, daß die Faschisten mit Revolvern und Handgranaten die Rathhäuser besetzen ...

Und diese Hilf- und Ratlosigkeit ist offenbar in den letzten Monaten gewachsen. Die Gewerkschaftsbewegung unterliegt heute der russischen Minierarbeit; die berühmten "kommunistischen Zellen", deren Aussaat man in Moskau beschlossen hat, kommen zur Geltung. Die Tagung des Nationalrats der Generalkonföderation der Arbeit, die vom 3. bis 6. in Genua stattgefunden hat, hat nur eine relative Mehrheit zugunsten der zur Zusammenarbeit bereiten Richtung ergeben ...

Auf der vorjährigen Tagung des Nationalrats der Konföderation in Verona ergab sich eine Mehrheit zugunsten einer positiven parlamentarischen Taktik. Mit der steigenden Macht des Faschismus nahmen dann die Professionen der verschiedenen Zentralverbände, namentlich des Zentralverbandes der Landarbeiter, zu. Die in ihrem Bestand, im Leben ihrer Mitglieder, in ihren Bauten und Maschinen bedrohten Gewerkschaften verlangten Schutz gegen den Faschismus und verlangten, daß der Parteivorstand der Parlamentsfraktion freie Hand gäbe, ein Ministerium zu unterstützen, das dem Faschismus gegenüber Recht und Gesetz zur Geltung brächte. In diesem Sinne erfolgte ein Votum des Ausschusses der Konföderation, dem die Abgabe erst des Parteivorstandes, dann des Nationalrats der sozialistischen Partei folgte.

Darauf erklärte sich die sozialistische Parlamentsfraktion — eben das Werkzeug, um dessen zweckmäßigste Verwendung der Kampf entbrannt war — für autonom bis zum nächsten Parteitag, während die Generalkonföderation ihrerseits ihren Nationalrat nach Genua einberief, wo von 1.128.000 Stimmen nur 537.357 zugunsten der "reformistischen" Tagesordnung abgegeben wurden.

Dieses Resultat dürfte den meisten sehr überraschend kommen. Wir sehen darin, wie schon gesagt, einen Beweis dafür, daß Moskau besser gearbeitet hat, als es für den Ruhestehenden den Anschein hatte. Obwohl es keine kommunistischen Gewerkschaften gibt, eben nur die berühmten "Zellen", haben die Kommunisten für ihre Tagesordnung zugunsten des Generalkongresses 249.512 Stimmen erzielt, nur um 1000 weniger als die sogenannten "Maximalisten". (43.000 Stimmen entfielen weiter auf eine "Zentrumsaktion" derrer, die weder rechts noch links stehen, 34.784 auf eine sogenannte Motion der Sozialisten der Dritten Internationale, jener treuen Hundeseelen, die noch immer vor dem dem Nichtkommunisten verschlossenen Tor der Dritten Internationale scharren, schweißweiden und winseln, und 13.000 entfielen sich der Abstimmung!) Als Ergebnis dieser Abstimmung beschloß nun seinerseits der Nationalrat der Konföderation die Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses, der gleich nach dem Parteitag von Rom tagen soll.

Das Votum zeigt, daß man die Kommunisten unterschätzt hat, indem man sich in dem Glauben wiegte, daß ihre ganze Tätigkeit sich in dem Verdächtigen und Besidehen unserer Partei erschöpfte; außer diesem ausgiebigen Zusammenarren von allerhand Unflat haben die Kommunisten noch in den Gewerkschaften wacker gewühlt, so daß Moskau die Früchte einheimst, nämlich Uneinigkeit und Disorientierung der Massen.

Um das Ergebnis richtig zu bewerten, muß man nicht vergessen, daß die Tagung von Genua unter dem Damoklesschwert des Parteivorstandes stattfand, der durch seinen Sekretär Fioritto von Anfang an die Frage und Drohung ausgesprochen hatte: "Was wird aus der italienischen Arbeiterbewegung, wenn ihr hier Beschlüsse faßt, die von denen der sozialistischen Partei abweichen?"

Klarheit!

Die Aufregung über die innerpolitische Lage, die sich gestern im Reichstag, heute morgen in der Presse bemerkbar machte, läßt sich nur daraus erklären, daß endlich der Ernst der von der Sozialdemokratie aufgestellten Forderungen erkannt worden ist. Daß darüber bisher falsche Meinungen bestanden, ist nicht unsere Schuld. In Verhandlungen mit den bürgerlichen Koalitionsparteien ist der Standpunkt unserer Partei stets mit größter Klarheit zum Ausdruck gekommen, und die breiteste Öffentlichkeit wurde durch den "Vorwärts" von ihm unterrichtet. Nicht einmal, in jeder Ausgabe seit dem Tode Rathenaus, ist hier gesagt worden, daß die Sozialdemokratische Partei durchgreifende Maßnahmen zum Schutze der Republik fordert und daß diese Maßnahmen nur von einer Regierung durchgeführt werden können, die sich auf die breitesten Massen der republikanisch gesinnten Bevölkerung stützt.

Wenn trotzdem bis gestern die Meinung genährt werden konnte, die Sozialdemokratie werde sich alle Verschlechterungen der Schutzesetzgebung gefallen lassen und auf die Verbreiterung der Regierungsmehrheit nach links verzichten, so gehört das zu den psychologischen Unbegreiflichkeiten, und es ist zu begrüßen, daß über diese Frage endlich Klarheit geschaffen ist. Die Erregung, die in diesem Augenblick besteht, hätte sich vermeiden lassen, wenn man sich überall von vornherein darauf eingestellt hätte, die Dinge so zu sehen, wie sie sind. Die bürgerliche Presse aber hat gestern, am ersten Tag ihres Wiedererscheinens, den großen Fehler begangen, die Dinge so darzustellen, wie sie nicht sind, und wenn dabei das verhängnisvolle Wort fiel, es würde "alles beim Alten bleiben", so wurde eine Antwort notwendig, die aufklärend wirkt. Die große Bewegung, die heute durch die Massen der republikanisch gesinnten Bevölkerung geht, wird sich nicht damit beruhigen lassen, daß "alles beim Alten bleibt". Denn wenn solche Erfahrungen ohne Frucht, solche Anstrengungen ohne Wirkung blieben, dann müßte die Stimmung der Massen in ein gefährliches Schwanken zwischen Resignation und Verzweiflung geraten, und die schlimmsten Folgen wären zu befürchten.

Schwerste Schädigungen des Volksganzen lassen sich nur dann vermeiden, wenn die republikanische Schutzesetzgebung eine für die beiden sozialdemokratischen Parteien annehmbare Gestalt gewinnt, und wenn ihre entschlossene Durchführung durch eine nach links erweiterte republikanische Regierung garantiert wird.

In manchen bürgerlichen Blättern versucht man die Lage zu verwirren, indem man von einem "Vorstoß der Gewerkschaften" oder gar von einer "unzulässigen Einmischung" spricht. In Wirklichkeit kann davon gar keine Rede sein. Die Gewerkschaften haben natürlich ein lebhaftes Interesse daran, die in ihren Mitgliedschaften am stärksten vertre-

ten politischen Parteien auf eine gemeinsame Linie zu bringen, um Kämpfe zu vermeiden, die ihre eigene Entwicklung gefährden. In diesem Sinne haben die Gewerkschaften eine vermittelnde Tätigkeit unternommen, die von beiden sozialdemokratischen Parteien dankbar angenommen worden ist. Die Erklärung der Sozialdemokratischen Partei, daß ihre Forderung nach dem Eintritt der Unabhängigen in die Regierung unverändert fortbestehe, ist weder von den Gewerkschaften noch von den Unabhängigen beeinflusst, sie ist lediglich durch Falschmeldungen der Presse provoziert, und besagt inhaltlich gar nichts Neues.

Statt die Öffentlichkeit erst einzufüllen und dann bei unveränderter Lage plötzlich Alarm zu schreien, sollte die bürgerliche Presse es lieber mit einer ruhigen Betrachtung des Gesamtproblems versuchen. Sie wird dann zunächst bemerken, daß die Beratung des Schutzesetzes im Reichstag teilweise so gelaufen ist, als ob man der Sozialdemokratie die Zustimmung mit Gewalt unmöglich machen wollte. Was soll man z. B. dazu sagen, wenn plötzlich ein Beschluß eines neugebildeten Rechtsbundes erfolgt, der die Störung von Versammlungen unter schwere Strafe stellt. Keine Partei hat unter Versammlungs Sprengungen mehr gelitten als die Sozialdemokratie, aber sie ist mit den Krakehlern fertig geworden ohne Polizei und ohne Staatsgerichtshof. Sie hat niemals auch nur die schon bestehenden Strafgesetzbestimmungen zum Schutz gegen Störung in Anspruch genommen. Die ganze Materie gehört nicht in ein Gesetz zum Schutze der Republik und muß da wieder hinaus.

Die Bildung wechselnder Mehrheiten bei der Beratung eines einheitlichen Gesetzes, wie wir sie gestern in buntester Reihe erlebten, ist überhaupt eine schwere Gefahr für das Zustandekommen des Ganzen. Wenn die bürgerlichen Mittelparteien, statt sich mit der Sozialdemokratie zu verständigen, immer wieder Sukturs von der Rechten holen, so können sie nicht behaupten, daß die Schuld der drohenden inneren Krisen nur auf der Linken zu suchen ist.

Würde die neueste Mitteilung über die Stellungnahme der vier Arbeiterorganisationen die Erkenntnis fördern, daß es so nicht geht, und daß bessere Methoden zur Lösung unserer innerpolitischen Schwierigkeiten gefunden werden müssen, so wäre das ein erfreulicher Erfolg. Andernfalls wird schließlich doch nichts übrig bleiben als die Reichstagsaufscheidung, der Appell an das Volk. Auch hierüber sollte man mit etwas weniger Aufregung sprechen, man soll nicht so tun, als ob alles in Trümmern gehen müßte, wenn in einer verfahrenen politischen Situation zu dem verfassungsmäßigen Mittel der Neuwahlen gegriffen wird. Alles in allem, es kommt darauf an, daß nicht "alles beim Alten bleibt", sondern daß das notwendige Neue mit möglichst geringem Augenblicksschaden zum Wohl des Ganzen rasch zustande kommt. Daran sollten alle mitwirken, denen das Wohl der Republik am Herzen liegt.

Auch ein dritter Umstand fällt als Erklärung der geringen Mehrheit der Reformisten ins Gewicht: die Tatsache nämlich, daß der richtige Augenblick für die Kollaboration verpaßt worden ist, unsere Kraft verlottert, unsere Chancen aus der Hand gegeben worden sind.

Heute ist der Gegner stark, so stark, daß die Faschisten sich erheben konnten, in der Kammer zu sagen: „Das Heer sinkt mit“. Heute liegt tatsächlich ein bedeutender Teil der Wehrmacht in den Händen der Faschisten und es ist bewiesen, daß sie Waffen und Munition direkt von Truppenverwaltungen erhalten haben. Die Gegenrevolution ist heute stärker als der revolutionäre Anlauf, die im Keim erstickte Revolution es je war. Das Proletariat, das ja noch vor drei Jahren in Waffen hand, ist heute vollständig waffenlos, trotz des Schwereinsatzes der Kommunisten. Das parlamentarische Prestige der Partei ist sehr heruntergekommen, teils weil sich eine ziemlich gut zusammengesetzte bürgerliche Mehrheit gebildet hat, teils auch weil der Zwiespalt in unsern Reihen natürlich dem Ansehen unserer Bewegung Abbruch tut. Heute wird die sozialistische Mitarbeit von der Bourgeoisie nicht gesucht, sie wird von den Sozialisten angeboten. Wir haben heute nicht, wie vor zwei Jahren, eine Regierung, die ohne die Sozialisten nur ein kümmerliches und ungewisses Dasein führt; heute braucht eine Regierung die Sozialisten nur, wenn sie sich nach links wenden will. Läßt sie die Faschisten gewähren, so kann sie ohne die Sozialisten ein ganz bequemes Dasein führen.

Hält man sich all diese Umstände vor Augen, die kommunistische Hinterarbeit, die Drohung der Parteispaltung, die Ungunst der Verhältnisse, unter denen heute jedes parlamentarische Experiment der Mitarbeit gemacht werden würde, so wird es erklärlich, daß sich in Genua keine absolute Mehrheit zugunsten der Koalition gefunden hat. Wie immer, sind es übrigens die losen Organisationen, die Arbeiterkammern, die das Übergewicht der Linken bedingen. Von den Stimmen der Arbeiterkammern wurden nur 201.869 für die parlamentarische Mitarbeit, dagegen 152.027 für die Kommunisten, 145.480 für die Maximalisten, 23.334 für die dritte Internationale und 22.660 für die Zentrumsaktion abgegeben; die Stimmen der Zentralsverbände dagegen fielen der absoluten Mehrheit nach der reformistischen Richtung zu, nämlich 332.482, während die Kommunisten nur 97.433, die Maximalisten 104.982 Stimmen erhielten, die Dritte Internationale gar nur 11.000 und das Zentrum 20.000.

Wenn das Ergebnis von Genua erklärlich ist, so zeitigt es doch eine recht unerfreuliche Situation. Es hat sich gezeigt, daß die absolute Mehrheit zugunsten der Kollaboration nicht vorhanden ist, was auch die Haltung der Parlamentarierfraktion unsehbar lähmt. Der Parteivorstand schreibt „Auswachen“ vor, Verharren in Klassenkampfstellung, was sich ja eigentlich von selbst ergibt, wo der Klassenkampf von bürgerlicher Seite mit Handgranaten und Maschinengewehren so eifrig und „intransigent“ geführt wird. Aber vor diesem Anhalten des Klassenkampfes der andern hätte sich das organisierte Proletariat gern gerettet, und eben aus diesem Wunsch entspringt der Vorschlag, es mit einem Gegen-Druck im Parlament zu versuchen. Als ein Arm-in-Arm-Gehen mit den Faschisten hatte die Rechte in Partei und Gewerkschaft das nicht aufgefaßt, sondern vielmehr als ein Heranziehen von Bundesgenossen gegen die Faschisten. Die Kommunisten, da doch schon jeder ein Rezept haben muß, bringen den Generalstreik in Vorschlag, wozu sie dadurch besonders beflusst erscheinen, daß sie selbst keine Gewerkschaften besitzen, aus deren Hand man die Riemen für dieses Experiment schneiden müßte.

Die nächste Entscheidung steht nun dem Parteitag zu, der Anfang August in Rom tagen wird. Die Wellen der Diskussion, der ewigen Diskussion zwischen rechts und links, gehen schon sehr hoch. Die Reformisten haben seit dem 1. Juli die Volkszeitung von Reggio Emilia, die „Giustizia“ mit vergrößertem Format nach Mailand überspazt, wo außer Prampolini auch Turati und Treves sie leiten. Man bedenke auch bei der Einschätzung des Parteitagsergebnisses, daß die Konföderation der Arbeit die Kommu-

nisten im eigenen Hause hat, und unsere Partei sie los geworden ist. Auf alle Fälle ist heute der innere Widerstreit der Partei voll ausgereift und drängt auf eine Entscheidung.

## Die Mörderjagd.

Den größten Anhang scheinen die Mörder in Schwerin gehabt zu haben. Dort sind sie ja auch von Berlin aus gefahren, um die Maschinenpistole zu holen, die bei Christian Wisemann lag. Nach dem Berliner Pensionat am Schiffbauerdamm brachten sie drei Koffer mit. Einer dieser Koffer ist von dort aus nach Schwerin geschickt worden, wahrscheinlich mit Kleidungsstücken. Die Mörder hatten so dafür gesorgt, daß sie nach Gelingen der Tat von Berlin nichts mitzunehmen brauchten. Der Koffer ist in Schwerin nicht mehr gefunden worden. Er ist allem Anschein nach von einem noch nicht ermittelten Manne, der der Organisation angehört, nach einem von den Mördern bestimmten Orte, wahrscheinlich nach Rostock, gebracht worden. Die grünen Klappenhandschuhe und Joppen haben die Flüchtigen nicht dem Koffer entnommen, sondern auf der Flucht gelassen.

Nach der bestimmten Aussage eines Schank- und Landwirts in einem kleineren Ort bei Debitzide, müssen die Flüchtigen bei diesem in der Nacht zu gestern geschlossen haben. Der Wirt, seine Angehörigen und sein Personal erkannten in den Bildern die Gäste, die gestern morgen frühzeitig abreisten, angeblich um sich nach Dale zu begeben, die ständigen Mörder Fischer und Kern bestimmt wieder.

Nach der letzten Meldung sind in der dortigen Gegend auch zwei Personen festgenommen worden. Beamte sind sofort entsandt, um festzustellen, ob es die Gesuchten sind.

## Zu dem Anschlag auf Harden.

Die Ermittlungen der politischen Polizei haben ergeben, daß der ständige Anfermann seit fünf Jahren nicht mehr mit seinen Eltern in Breslau in Verbindung gestanden hat. In deren Wohnung fanden aber die Beamten Photographien, ältere und neuere, des Flüchtigen. Diese wurden vernichtet und in großen Massen verbrannt.

Der Verlegung des Anschlags auf Harden liegt in München. Von dort aus erhielt der Verlagsbuchhändler Grenz in Oldenburg, der antisemitische Schriften vertrieb und ebenfalls bereits verhaftet und nach Berlin gebracht wurde, die Anregung. Er gewann Weichardt und dieser Anfermann. Grenz erhielt in Frankfurt a. M. 25.000 M., die dann Weichardt und Anfermann bekamen. Diese waren aber mit dem Gelde durch Verheuche und dergleichen in Berlin schon freigegeben, als sie zur Ausführung des Planes schritten.

Anfermanns erstes Bestreben nach der Tat war deshalb, neue Mittel zu bekommen. So wandte er sich gleich nach dem Parteibureau der Deutschnationalen Partei, fand dieses aber schon geschlossen.

Die weiteren Ermittlungen der politischen Polizei ergaben, daß Anfermann auch an anderen Stellen nach Geld, Geld zu bekommen. Es ist nicht ausgeschlossen, sogar eher wahrscheinlich, daß er sich unter falschem Namen noch in Berlin aufhält. Wer etwas über ihn und seinen Aufenthalt weiß, wird ersucht, sich bei der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums zu melden.

## Fürstehilfe für Miesbach.

Unser Regensburger Parteiblatt schreibt: „Nach glaubwürdigen Mitteilungen soll der Fürst von Thurn und Taxis auch zu den Geldgebern des „Miesbacher Anzeiger“ gehören.“

Wir fragen deshalb öffentlich an: Welcher Art sind die Beziehungen des fürstlichen Hauses zum „Miesbacher Anzeiger“? Sind die Zuwendungen an den „Miesbacher Anzeiger“ etwa gar als „Gemeinnützigen“ Zwecken dienend bei der Steuererklärung vom Gesamtbetrag der Einkünfte in Abzug gebracht worden? Auf die Antwort sind wir entsprechend neugierig.

München, 11. Juli. (II.) In der heutigen Vollversammlung wurde durch die sozialistische Mehrheit der Beschluß des Hauptausschusses bestätigt, monach bis zum 1. Oktober aus den städtischen Amtsgebäuden und Schulräumen die alten Hoheitszeichen, Bilder usw. entfernt werden sollen.

sich Torfmoore in derselben Weise, wie sie noch heute in den Niederungen unserer Täler, z. B. im Spreewald, aus den Erdenhumpenwäldern entstehen. Diese Moore wurden später mit Sand und Kies überschüttet, und als nach dem Ende des Tertiärs die Eiszeit hereinbrach, brachten die nördlichen Inlandmassen ihren Schutt mit, der das ganze Gebiet überdeckte.

Die Niederlausitzer Braunkohle wird meist in Tagebauen gewonnen. Um die Kohle abbauen zu können, müssen vorerst die über ihr lagernden Erdschichten abgeräumt werden. Große Bagger besorgen diese Vorarbeit. Der Abraum wird zur Ausfüllung bereits abgebauter Gruben verwandt. Während wird mit den gleichen Baggern das Kohlenflöz abgebaut. Hierbei kommen noch häufig die pflanzlichen Überreste zutage, die am Aufbau der Flöze mitgewirkt haben. Den größten Anteil hieran hatten die Sumpfpflanze (Taxodium distichum) und ein anderes Nadelholz (Sequoia), die große Wälder bildeten. Besonders am Grunde der Kohlenflöze werden häufig große Stümpfen dieser Bäume gefunden, die sich mit ihren Wurzeln in den liegenden Schichten (den Schichten unterhalb der Kohle) verbreiten. Sie liefern den Beweis, daß die Kohle am Ort ihres Vorkommens entstanden ist. Auch ganze Stämme von vielen Metern Länge (bis zu 60 Meter) werden mitunter gefunden. Das Klima, in dem diese Pflanzenwelt gedeihen konnte, war mild und feucht. Es entsprach etwa dem an der Küste der atlantischen Subtropen Nordamerikas. Hier bildet die Sumpfpflanze heute noch umfangreiche Sumpfwälder.

Nachdem die Kohle abgebagert ist, kommt sie in die Breiwerkfabrik. Im „Rohhaus“ wird sie in Schleudermühlen gereinigt und dann in Trockenschnecken befördert, um zu trocknen. Nachdem die Kohle genügend trocken ist, gelangt sie in die Brechen. Unter hohem Druck wird sie gepreßt und bekommt hierbei die bekannte Form der Brechkohlen. Gleichzeitig erhalten die Breiwerkzeuge ihre Gestalt und den Fabrikstempel. Nach dem Verlassen der Fabrik werden die fertigen Kohlen sogleich in Eisenbahnwagen verladen und verfrachtet.

Die ich mein erstes Stück sah. Die erste Premiere ist im Leben jedes Dramatikers ein großer Augenblick, und die verschiedenartigsten Empfindungen stürmen an diesem ereignisreichen Abend auf ihn ein. Sehr küßlich schildert ein englischer Dramatiker dieses wichtige Erlebnis: „Nun war er da, der große Abend. Und ich stand unter den Schauspielern. Zwar hatte ich mich eigentlich in irgendeinen entfernten Winkel vergraben wollen, aber ein Bote des Direktors hatte mich aufgespürt und an Ort und Stelle gedrückt. Nun fühlte ich mich so unwichtig und verlassen unter der Geschäftigkeit der Schauspieler, der Kulisenarbeiter und Regisseure. „Sie sehen nervös aus“, sagt der erste Held zu mir mit einem ironischen Lächeln, und er fügt sachlich hinzu: „Wie finden Sie meine Maske?“ Ich murmelte, daß die Maske großartig sei. Ein Freund kommt und will mir gratulieren, aber ich wehre ihn mit verzweifelt erhobenen Händen ab. Das Haus ist voll. Da sitzen also die Menschen, die mir mein Stück töten können, von denen mein Schicksal abhängt. Ich blide auf die Schauspieler; sie sehen alle so nett aus und so hoffnungsvoll, das tröstet mich. Nun steht der Vorhang auf. Die ersten Worte flattern in den Zuschauerraum. Nun, Schicksal, nimm deinen Lauf!

## Deutschnationale Mitwisser.

Die bisherigen Ermittlungen nach den Mördern Rathenau und deren Helfershelfer haben ergeben, daß die Beschuldigten nicht nur Mitglieder der völkischen Bewegung, sondern auch der Deutschnationalen Partei, bzw. des Deutschnationalen Jugendbundes sind. Dennoch haben die Deutschnationalen bisher immer die Kühnheit besessen, die Mordgesellen von ihren Rockhöfen nach vollbrachter Tat abzuschütteln. Das wird ihnen nicht gelingen.

Neuerdings sind in Reukloster und Bismar der Seminarist Baur, bzw. der Sohn des Konsuls Otto wegen Begünstigung der Mörder Rathenaus während deren Flucht verhaftet worden. Beide Verhafteten sind geständig, den flüchtigen Mördern Unterkunft gewährt und sie mit Lebensmitteln unterstützt zu haben. Sowohl Baur wie Otto sind Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei, des Verbandes nationaler Soldaten und des deutschvölkischen Schutz- und Trugbundes. Baur stand zu Bode, Schwerin, der bekanntlich schon vor längerer Zeit als Mitwisser verhaftet wurde, und dessen Sekretär den Attentätern die Mörderpistole aushändigte, in engen Beziehungen.

Wir sind gespannt, ob die Deutschnationalen auch die Mitgliedschaft der neuerdings verhafteten Mitwisser an der Ermordung Rathenaus zu der Deutschnationalen Partei bestreiten werden.

## Die Deutschnationalen hegen gegen links.

Die nächtliche Erschießung der Frau des Redakteurs Dr. Reich in Marienburg wird in der deutschnationalen Provinzpresse in der schändlichsten Weise zur Aufhebung der politischen Verhältnisse ausgebeutet. Die „Eibinger Zeitung“ bringt es fertig, die noch reichlich dunkle tragische Tötung einer Frau einfach den Linksparteien in die Schuhe zu schieben, weil die Schutzpolizei nach der Erschießung der Frau des Dr. Reich fünf Personen festgenommen hat, die — in der Eisenbahnwerkstätte Marienburg beschäftigt sind! Sie erdreistet sich, das als Beweis dafür anzuführen, daß es sich um eine überlegte Tat Linksradikaler gehandelt habe; die Angel, die dem Politiker Reich galt, habe nur ein fassliches Ziel gefunden.

Jeder geistig normale Mensch wird zugeben, daß diese Schlussfolgerungen der deutschnationalen Provinzpresse reichlich lächerlich sind. Wenn sie ihr aber schon als unwiderrücklicher Beweis ausreichen, dann ist es tausendmal richtiger, daß die Rathenau-Mörder, die Harden- und Scheidemann-Attentäter im innigsten Zusammenhange mit der Deutschnationalen Volkspartei stehen, denn bei jenen Mördern fand man die Mitgliedsausweise der Deutschnationalen Volkspartei und bei den Helfershelfern hat man es zum Teil mit hervorragenden deutschnationalen Führern zu tun! Deutschnationalistische Nebenorganisationen sind schon heute als Träger nicht nur der Nordpropaganda, sondern der politischen Morde selbst festgestellt. Gegenüber diesen schließlichen Folgerungen sollte man in der deutschnationalen Presse doch mit der widerrücklichen Ausbeutung des tragischen Marienburger Falles etwas vorsichtiger sein. Man sollte auch nicht vergessen, daß aus deutschnationaler Nordpropaganda nicht gerade Verfeinerung der verschiedenen Gesellschaftsklassen herauszuwachsen kann.

## Einigung im Ruhrbergbau!

Die Verhandlungen über die Streikfragen im Mantelstahl des Ruhrkohlenbergbaues, die am 11. Juli im Gebäude des Zechenverbandes Essen unter Leitung des Reichsarbeitsministeriums begonnen haben, haben gestern zu einer vollen Verständigung geführt. Die getroffenen Vereinbarungen bedürfen noch der endgültigen Zustimmung der beiderseitigen Verbände, die bis zu Sonnabend zu erwarten ist.

## Der Dollar etwas schwächer.

Im gestrigen Nachmittagsverkehr und heute vormittag neigte der Dollar weiter zur Schwäche. Es wurden Umsätze bei einer untersten Grenze von 400 getätigt. Im offiziellen Verkehr an der Börse zeigte jedoch eine festere Haltung ein

## Urlaub.

Nun können sie beide Ferien. Sie hatten ihren Urlaub so gelegt, daß sie beide zu gleicher Zeit ihre freien Tage hatten. Für ihre junge Ehe sollte dieser erste Urlaub ein Fest werden. Monatslang hatten sie Pläne geschmiedet. Ihre Häuslichkeit in der menschenunwürdigen Koloniewohnung war auch zu häßlich. Auf dem Hofe zwischen den brodelnden Mauern aller verräucherter Mietkasernen hausten sie. Nun sollte es ein Fest werden, für eine kurze Woche hinauszuweichen aus dieser Unwirtlichkeit. Jrgendwo hinaus ins Grüne, in die ländliche Ruhe, in frische Luft! Sie machten ja so ganz und gar keine Ansprüche. Mit dem Einfachsten wollten sie zufrieden sein.

Emilia hatte die junge Frau Tag für Tag die Annoncen der Zeitungen gelesen. Wo ihr irgend etwas passend erschien, hatte sie Klingschriften. Das hatte eine Menge Porto gekostet. Und immer wieder war der Bescheid unbefriedigend gewesen. Ihr Geldbeutel konnte die Werte, die im kleinsten Dorf gefordert wurde, nicht erschwingen. Und sie hatten doch beide das ganze Jahr hindurch geschuftet und gespart! Aber die Forderungen der Zimmervermieter waren ungeheuer geworden. Wenn sich nur eine beschreibende Kochgelegenheit fand, wollten sie gut und gern damit zufrieden sein. Aber die einen wollten nur das Zimmer hergeben, die anderen sich nur zu einem Abormiellen verstehen, wenn die Sommergäste sich ganz in Pension geben würden. Und das waren Riesensummen, die da gefordert wurden. Je näher nun der Urlaub heranrückte, desto hektischer wurden sie. Für sie schien kein Feriengeld zu blühen, keine Erholung sich zu ermöglichen.

Finkler starrte der Mann durch die Scheiben; seine Finger trommelten nervös auf dem Glas. Die junge Frau aber sah in der Souffle und hielt das Taschentuch vor die Augen, aus denen ihr lautes große, heiße Tränen rannen. . . .

## Das Niederlausitzer Braunkohlenrevier.

Der kürzlich entstandene Brand in den Kohlengruben bei Seeshenberg, zu dessen Abklärung sogar die Feuerwehren aus Berlin und Dresden zu Hilfe eilten, lenkt unsere Aufmerksamkeit auf dieses Gebiet unserer Heimat. Die Kohle, die hier gewonnen wird, gelangt zum größten Teil nach Berlin und wird hier als Brechkohle oder Breiwerk verbraucht. Die in der Niederlausitz gefundene Kohle ist Braunkohle. Sie entstammt einer Zeit, die dem Tertiärzeitalter, also bereits der Zeit der Erdgeschichte, angehört. In jener Zeit reichte das Meer von Norden her durch das südliche Mecklenburg und mittlere Hannover bis zum Niederrhein und nach Holland. Das südlich von ihm gelegene Land wurde von großen Strömen durchzogen, die einen vielfach gewundenen Lauf nach dem Meere nahmen, in das sich ihre trüb fließenden Wasser ergossen. Große Seen, Sümpfe und Niederungen lagen zwischen den Strömen, Sumpfwälder bedeckten das Land. Aus diesen Wäldern bildeten

Wollt sel Dank kann mich niemand sehen. Die Worte, die ich in Stunden freudigen Schaffens zusammengesetzt habe und die mir so vertraut sind, hallen leer und kalt zu mir her. Sie erscheinen mir so dumm und so gekünstelt. Es ist ein einaktiges Lustspiel. Nun ist schon die Hälfte gespielt und noch niemand hat gelacht. Da plötzlich lacht jemand, ganz unerwartet und auf so gewöhnliche Art. Die Darstellerin der Hauptrolle, die neben mir steht, lächelt und sagt: „Man lacht, man lacht! Gratuliere!“ Ich zude die Lächeln und empfinde dieses Lachen als peinlich, da mir gar nicht zum Lachen zumute ist. Mehr Gelächter folgt, keine Nachsagen, und als das Stück zu Ende ist, scheint eine Welle des Behagens durch die Zuschauer zu gehen. Nun atme ich erleichtert auf und fühle plötzlich eine fröhliche Wärme durch die Adern rinnen. Der Vorhang fällt, das Haus klatscht Beifall, nicht sehr heftig, aber herzlich, und da ruft auch schon eine Stimme: „Autor! Autor!“ Und dann noch eine und dann mehrere. Die Schauspieler lächeln und ziehen mich heraus. Ich trete, vom Rampenlicht geblendet, vor und starre auf die nebligen Gesichter in der Dunkelheit vor mir. Wertwürdigerweise bin ich gar nicht mehr nervös. Ich höre jemanden etwas sagen, ich höre Lachen, ich mache meine kleine Verbeugung, und alles ist vorüber. Nein, nicht alles. Am nächsten Morgen verlassene ich die Zeitungen und finde die Kritiken freundlicher, als ich dachte. Die Fehler, die ich konnte, sind nicht bemerkt. Es ist also doch eigentlich ein ganz gutes Stück, denke ich befriedigt.“

Ein Vorläufer des Trinkseldes. Das Trinkseld, dem jetzt der Garau gemacht werden soll, ist nicht so alt wie man denken möchte. Im sechzehnten Jahrhundert war es z. B. in Pommeren noch ganz unbekannt, dafür aber hatte man das „Babegeld“. Das Baben war damals sehr beliebt, jeder Bürger bediente mindestens alle vierzehn Tage einmal. Die Babehäuser, deren es in jeder Stadt mehrere gab, waren Anstalten zur Unterhaltung und zum Vergnügen. Zu meist sahen sich zwei Leute in einer Wanne gegenüber, so daß man sich unterhalten konnte. Ein Brett über der Wanne diente als Tisch, auf ihm standen Speisen und Getränke in Fässer. Für kleine Dienste und Gefälligkeiten gab man damals kein „Trinkseld“, aber eine kleine Gabe „fürs Bab“. So war es übrigens in Rußland noch bis in die jüngste Vergangenheit.

Zu viel Ehe. Die Teleson meldet aus Weimar: „In letzter Zeit wurden in Weimar zahlreiche Hausdurchsuchungen abgehalten, auch bei angelegenen Gelehrten. Es wurde bei dem Literarhistoriker und Dichter Adolf Bartels aus einem unbekanntem Grunde eine Hausdurchsuchung abgehalten, die mehrere Stunden in Anspruch nahm. Die Untersuchung verlief resultatlos.“ Herr Adolf Bartels wird sich recht geschmeichelt fühlen, erstens, weil man ihn für einen „angelegenen Gelehrten“ und zweitens, weil man ihn für einen staatsgefährlichen Kerl hält. Er ist wahrhaftig weder das eine noch das andere, sondern nur ein kleiner antisemitischer Querkopf, dem durch diese polizeiliche Haupt- und Staatsaktion zu viel Ehre erwiesen wurde.

Mar Webermanns „Gesammelte Schriften“ werden zum bevorstehenden 75. Geburtstag des Meisters bei Bruno Cassirer erscheinen. Sie enthalten in einem Bande alles, was Webermann im Laufe seines Lebens als Schriftsteller geschaffen hat.

# Mißbrauch kommunaler Einrichtungen?

Große Aufregung verursachte insbesondere in rechtsstehenden Kreisen die letzte Bezirksversammlung in Tempelhof. Eine bürgerliche Berliner Korrespondenz bringt darüber einen Bericht, der mit folgendem Satze beginnt: „In welcher verheerenden Weise die sozialistischen Parteien die kommunalen Einrichtungen mißbrauchen, sofern es ihnen die Umstände irgend ermöglichen, bewies die außerordentliche Bezirksversammlung in Tempelhof.“

Die Ursache dieses Wutanalles ist darin zu suchen, daß die Linksparteien es angeht der niederrächtigsten Ermordung Walter Rathenau und auch im Hinblick auf die bekannte Verordnung zum Schutze der Republik es für angebracht hielten, vom Bezirksamt Tempelhof zu verlangen, die Entfernung aller jener Elemente aus der Verwaltung durchzuführen, welche offen oder geheim den Bestand der Republik bedrohen, und ferner weit sie die die Einziehung aller monarchistischen Fahnen und Farben sowie die Befestigung solcher Embleme in allen dem Bezirksamt unterstellten Gebäuden und Anstalten forderten.

Wegen dieser Forderungen, deren Erfüllung in einer Republik etwas ganz Selbstverständliches darstellen sollte, hatte die „bürgerliche Fraktion“ (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Wirtschaftspartei) bereits eine Sitzung der Bezirksversammlung, die am 5. Juli tagte, durch Verlassen des Saales beschlußunfähig gemacht. In der Versammlung vom 10. d. M., die namentlich unbedeutend beschlußfähig war, waren von dieser Fraktion nur die Deutsche Volkspartei und das Zentrum vertreten, während für die übrigen ein Bezirksvorsteher gleichsam als Hauptposten anwesend war. Unsere Genossen Bürgermeister Huhn und Wittauer sowie Becker und Neumann von der U.S.P. begründeten unter lebhaftem Beifall, in den auch später die Zuhörer einstimmen, was der Vorsteher rügen mußte, die Anträge. Auch der Demokrat Labersitz zog einen scharfen Trennungsführer zwischen sich und den Elementen, durch deren Wortschneide die ungeheuerliche Aufregung der letzten Wochen entfacht wurde. Er sprach den Wunsch aus, daß auch die Volkspartei energisch von ihren rechtsradikalen Freunden abriden möge. Die Volkspartei aber gab eine formulierte Erklärung ab, daß die Entfernung aller monarchistischen Bilder und alles monarchistischen Lehrstoffs in den Schulhäusern usw. sowie die geforderte Entfernung unzuverlässiger Elemente aus der Verwaltung, weder sachlich noch formell für begründet erachtet würden. Nachdem unser Genosse Wittauer diese Erklärung gekennzeichnet hatte, wurden die Anträge von den Linksparteien und Demokraten angenommen.

Nach allen uns zugegangenen Berichten ist es in dieser Versammlung recht stürmisch hergegangen. Das ist bei der natürlichen Erregung, die durch die Terrorakte und durch das prozozierende Verhalten der Rechtsradikalen hervorgerufen wurde, nur zu verständlich, und es ist für das Demagogentum der rechtsgerichteten Kreise bezeichnend, daß sie mit schamlosem Augenaufschlag namentlich von der „Hege“ der Sozialisten und, wie in diesem Falle, von einem „Mißbrauch kommunaler Einrichtungen“ reden. Sie würden mit Wonne jede Gelegenheit wahrnehmen, um die ihnen verhasste Republik zu defizitieren. Als die Sozialdemokratie noch unter dem alten Regime für ihre Ideen in durchaus legaler Weise eintrat, antworteten sich diese bürgerlichen Elemente genau so, wie sie es heute tun, weil die Sozialisten jede öffentliche Institution benutzten, um die Republik gegen die Anschläge seiner Vorgesetzten zu verteidigen. Es gehört schon eine große Dosis Unverschämtheit dazu, angesichts des rechtsradikalen Handelns sich über die Abwehrmaßnahmen der Republik zu entrüsten, die Erregung der Bevölkerung auf die „Hege“ der Sozialisten zurückzuführen und von einem Mißbrauch kommunaler Einrichtungen zu sprechen.

## Aufklärung eines Raubmordes.

### Die Täter nach drei Jahren überführt.

Ein Raubmord, der vor drei Jahren an der 62 Jahre alten Hausfrau Bebra Glas in der Scheibelliner Straße 17 verübt wurde, ist jetzt endlich aufgeklärt. Zwei der Täter sitzen hinter Schloß und Riegel, der dritte ist noch flüchtig, aber bekannt. Die Witwe Glas hatte die Absicht, ein neues Geschäft zu kaufen, und zu diesem Zweck eine größere Summe von der Bank erhoben. Um ihres Geldes sicher zu sein, nähte sie es in eine Tasche ihres Unterrocks ein und trug es so ständig bei sich. Am 26. März 1919 wurde die betagte Frau von einer Kumpin, die ihre Kartoffeln bringen wollte, vormittags um 9 1/2 Uhr in ihrem Baden liegend mit schweren Kopfverletzungen bewußtlos aufgefunden. Man brachte sie nach dem Krankenhauste und dort starb sie nach einigen Tagen, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Die Ermittlungen der Kriminalpolizei führten im Laufe der Zeit zur Verhaftung mehrerer Personen, die bringend verdächtig erschienen. Allen Beschuldigten aber gelang es, ihre Unschuld nachzuweisen, und sie mußten nach einwandfreien Feststellungen wieder entlassen werden. Endlich rollte der scheinliche Mord an der kleinen Dorothea Schmidt in der Prenzlauer Straße auch das alte Verbrechen wieder auf. Die letzte Spur führte auf zwei junge Männer, die in der Nähe der Mordstelle beschäftigt waren, einen 20 Jahre alten Dreher Alfred Kohlhoff aus der Prenzlauer Allee und einen Maschinenkloster Kurt Flügge. Dazu kam noch ein dritter Täter, ein Italiener Palumbo, der bei seinen Eltern, die damals in der Rosenthaler-Allee ein Kellergeschäft betrieben, wohnte. Die Kommissare Galzow und Büniger und ihre Beamten trugen gegen diese drei so viel Belastungsmaterial zusammen, daß sie jetzt zu ihrer Verhaftung schreiten konnten, bis auf Palumbo, dessen Familie unterdessen aus Berlin weggezogen und vielleicht nach Neapel zurückgekehrt ist. Durch das Belastungsmaterial überführte, legten die Verhafteten nach anfänglichem Sträuben ein Geständnis ab. Sie hatten, unter der Vorspiegelung, der alten Frau Kartoffeln zu verschaffen, Eingang in ihre Wohnung erlangt und sie dann mit einer Eisenstange niedergeschlagen. Der Schädel der Ueberfallenen wurde so stark verletzt, daß an einer Stelle das Gehirn blies. Die Räuber untersuchten nun ihre Opfer, fanden in der zugehörigen Kasse 24 000 M. und verschwanden mit der Beute, um sie sich gleich darauf zu teilen.

## „Der Arzt als Hauswirt.“

Mit dieser Ueberschrift brachte der „Vorwärts“ (Sonderausgabe, 10. Juli) über das Berliner Miethaus Pantstr. 59 eine vom Mieterausschuß verfaßte Mitteilung. Der darin als Eigentümer des Hauses bezeichnete Arzt Dr. Otto Schlesinger, wohnhaft Reinekestr. 5, antwortet uns, daß er überhaupt gar nicht Besitzer des Grundstückes ist. Seine Beziehungen zum Hause Pantstraße 59, schreibt er, bestehen darin, daß ich der Hauseigentümerin bei der Verwaltung behilflich bin und gelegentlich beratend zur Seite stehe.“ Doch Herrn Dr. Schlesingers Beziehungen zu dem Hause und der Eigentümerin sind nicht ganz so lose, wie es nach diesem Wortlaut seiner Erwiderung scheinen könnte. Das Adreßbuch für 1922 nennt als Eigentümerin von Pantstr. 59 eine verwitwete Frau Sanitätsrätin R. Schlesinger, wohnhaft in demselben Hause Reinekestr. 5 wie Herr Dr. Otto Schlesinger. Die Dame ist seine Mutter. Dr. Schlesinger erzählt uns von mehreren im Hause Pantstr. 59 in den letzten zwei Monaten vorgekommenen Rohrbrüchen und sagt, daß „stets sofort bei Bekanntwerden ein in der Pantstraße wohnender Klempner bestellt“ wurde und dieser „bisher stets zu allerseitsiger Zufriedenheit seine Arbeiten gemacht“ habe. Durch diesen sei auch die Reparatur des letzten Rohrbruchs, den allein die Zuschrist des Mieterausschusses erwähnte, „zur Zufriedenheit aller Interessenten erledigt“ worden. Gleichfalls „sofort“? Das sagt Dr. Schl. selber nicht, aber er verächtlich: „daß seit 14 Tagen das Quergebäude ohne Wasser sein soll, ist weder der Eigen-

tümerin noch mir bekannt.“ Ja, das ist seine Schuld, daß trotz wiederholter telephonischer Nachricht über den Rohrbruch der Zustand der Metalle in der Pantstraße den Herrschaften in der Reinekestraße unbekannt blieb. Herr Dr. Schl. hatte als vermutlich vielbeschäftigter Arzt wohl zu wenig Zeit, persönlich sich aus Berlin W. nach Berlin N. zu bemühen. Unrichtig nennt er auch die Angabe des Mieterausschusses über die Dachreparatur. Im Sommer 1920 sei ein neues Dach nicht gut gemacht worden, so daß schon wieder eine Reparatur nötig wurde, die nach Erfolglosigkeit der Verhandlungen mit dem betreffenden Baugewerbetreibenden jetzt einem anderen übertragen werden. Zu der Angabe, daß Dr. Schl. mehrmals an die Reparatur erinnert wurde, äußert er sich nicht. Erinnert wurde er vom Mieterausschuß in Briefen vom 12. Mai und vom 21. Mai und in einem dem Mieteingangsamt eingereichten Schriftstück vom 15. Juni, der ihm vorhielt, daß die Reparatur „nach zwei Jahren noch nicht ausgeführt“ worden sei. Herrn Dr. Schl. ist, wie er uns schreibt, auch das „nicht bekannt“, daß auf dem Hof die Kellertür seit Jahren morst und die Schornsteine abgefallen“ seien. Von dieser Worscheit, die der Mieterausschuß in seiner von uns veröffentlichten Darstellung rügte, hätten weder Bauhandwerker noch der Mieterausschuß ihm jemals etwas gesagt. Aber hat denn Dr. Schl. das niemals selber gesehen? Die Worscheit der Klappe ist so arg, daß man geradezu die Polizei auffordern müßte, hier einzuschreiten. In dem zermürbten Holz klast eine breite Spalte, in die ein Kind leicht mit dem Fuß und dem ganzen Bein hineinkriechen könnte, was kaum ohne Weindruck abgehen dürfte. Es wird nötig sein, von der Kellertür schleunigst eine photographische Aufnahme zu machen und diese der Behörde vorzulegen. Sehr entschieden bestreitet Dr. Schl. die Versicherung: „Lassen Sie die Kinder ruhig hineinfallen; ich bin ja Arzt und kann sie heilen.“ Sie sei weder in diesem Wortlaut noch dem Sinne nach jemals von ihm oder von der Eigentümerin gefallen. Er kündigt gegen den Mieterausschuß eine Klage wegen Ehrenkränkung an. Der Mieterausschuß beruft sich auf eine Zeugenaussage; aber in diesen Streit wollen wir uns nicht mischen.

## Gerichtsferien und Rechtspflege.

Am 15. d. M. beginnen die Gerichtsferien, die am 15. September endigen. Während ihrer Dauer ist der Wirkungsbereich für Frau Justitia nicht unerheblich eingeschränkt. Auf diejenigen Rechtsangelegenheiten, die ihrer Natur nach eine schnelle Erledigung erheischen, sind die Gerichtsferien ohne Einfluß. Diese sogenannten „Ferienlochen“, zu deren Erledigung bei den Landgerichten besondere Ferienkammern gebildet werden, umfassen: die Strafsachen, die Arrestsachen und die einstweilige Verfügung betreffenden Sachen, Meß- und Marktfragen, Mißverhältnisse, Beschleßsachen und Bauverfahren. Das Gericht kann auf Antrag auch andere Sachen, soweit sie besonderer Beschleunigung bedürfen, als Ferienlochen bezeichnen. Den Gerichten bleibt also auch während der Ferien hiernach ein immerhin noch ansehnlicher Geschäftskreis erhalten. In allen anderen, nicht zu den Ferienlochen gehörigen Rechtsstreitigkeiten werden während der Ferien weder Termine abgehalten noch Entscheidungen erlassen. Am Landgericht I sind 8 Strafkammern gebildet, die abwechselnd Montags, Mittwochs, Freitags bzw. Dienstags, Donnerstags und Sonnabends tagen.

## Vor der fünfzigfachen Tage für Autodroschken.

Die Einführung der vom Magistrat und vom Polizeipräsidenten genehmigten vierzigfachen Tage für Elektromobil- und Benzindroschken dürfte bereits in den nächsten Tagen erfolgen. Verhandlungen über den Zeitpunkt sind augenblicklich noch im Gange. Schon jetzt läßt sich aber erkennen, daß auch diese Tage bereits durch die Preisentwicklung überholt worden ist. Infolgedessen ist damit zu rechnen, daß spätestens Anfang August die Tage für Benzindroschken auf das fünfzigfache der Friedenstag heraufgesetzt wird, während es bei den Elektromobilen bei der vierzigfachen Tage einstellend bleiben wird.

Die nächste Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung soll am Donnerstag, den 20. d. M., stattfinden. In dieser sollen die Verträge über die Verpachtung der vier südlichen Güter Osdorf, Spandorf, Mühlendek und Birchholz beraten werden. Auch die Anträge über die Stoffung des Schulgeldes an den höheren Lehranstalten und einige andere dürften dann aufs neue zur Abstimmung kommen.

Ein öffentliches Konzert im Park von Niederschönhausen veranstaltet der Männer-Gesangsverein Zukunft, R. d. A. B., am Sonntag, den 16. Juli, vormittags 11 Uhr.

Eine Reihe neuer Braunkohlevorkommen in der Mark wird die von der Provinz Brandenburg begründete Märktische Elektrizitätswerke A.-G. zur elektrischen Versorgung der Mark ausnutzen. Ihr ist jetzt durch Urkunde des zuständigen Oberbergamts Halle zur Gewinnung von Braunkohle im Kreise Ledus die Bergwerkserlaubnis verliehen worden und zwar in den Gemeindebezirken Müllrose und Wiegensbrück für die Gruben Bär, Hüne, Wolf und Leopold. Durch diese Braunkohlenausnutzung wird die Wirtschaftlichkeit der R.E.W. eine erhebliche Verbesserung erfahren.

Von der Marienburger Werbe-Zentrale seien bis Ende Juni 1922 auf nachstehende Adressen: 37 732, 76 889, 67 120, 66 825, 81 049, 128 988. Der erste Koffer, ein Koffer mit zwei Kisten, 110 000 M. Wert, ist nach Berlin gefahren; der Gewinner hat sich noch nicht gemeldet.

## Das Explosionsunglück in Groden.

Zu der Explosionskatastrophe in Groden bei Cuxhaven stellt die staatliche Pressestelle folgendes mit: Die Ursache ist noch nicht festzustellen. Es wurden wie täglich im Minendepot Arbeiten an Minen ausgeführt. Ob im Zündstoff chemische Zersetzungen eintraten, wodurch die Katastrophe erklärbar wäre, konnte bisher ebenfalls nicht festgestellt werden. Der Materialschaden in Groden und Cuxhaven ist außerordentlich groß. Viele Häuser wurden so stark erschüttert, daß festgestellt werden muß, ob sie überhaupt noch bewohnbar sind. Aufräumungsarbeiten konnten noch nicht vorgenommen werden, da man in die noch immer brennenden Trümmer wegen der Explosionsgefahr nicht vordringen konnte. Wenn auch noch einzelne Minen explodieren sollten, darf die Gefahr doch als behoben bezeichnet werden. Die Stadt Cuxhaven stellt einen größeren Kredit zur Beschaffung von Material für den Wiederaufbau der vernichteten Wohnstätten zur Verfügung.

Zur Explosion in Zweddorf wird noch gemeldet, daß sie durch Reibungszündung bei der Reinigung eines Keils in der Pechrolatanlage verursacht wurde. Der Betriebsleiter, ein Meister und sieben Arbeiter wurden durch die Explosion in Stücke gerissen, zehn bis fünfzehn andere Arbeiter verletzt. Der Betriebsschaden wird auf viele Millionen geschätzt; der Rufschaden war infolge günstiger Windrichtung gering. Eine spätere nicht bestätigte Meldung spricht von zwölf Toten.

Bei Rzeszow (Galizien) floß ein Pulvermagazin in die Luft. Die Projektilen fielen in die Stadt, wo sie explodierten. Rzeszow hat wenig gelitten. Ein Dorf ist vollkommen zerstört. Die Zahl der Opfer und der Umfang des Schadens konnten noch nicht festgestellt werden. Ebenso ist die Ursache der Katastrophe unklar.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis, Berlin-Mitte, Freitag, den 14. Juli, ebenso 7 1/2 Uhr, im Bürgerheim. Alte Schönhauser Straße 21/21; Sitzung der Parteiführungskommission. Gültliche Mitglieder aller Abteilungen müssen erscheinen.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. 1921 und noch überwiegend trübe mit leichten Regenschauern und mäßigen nordwestlichen Winden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Reichsbehörden gegen Betriebsrätegesetz.

In mehreren Verhandlungen mit dem Reichsoberverwaltungsamt wurde von den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer eine neu herauszugebende Betriebsräteverordnung für die Reichswasserstraßenverwaltung beraten. Im Gegensatz zur preussischen Betriebsräteverordnung, die bis jetzt auch für das Reich die Verhältnisse regelte, schlug das Reichsoberverwaltungsamt vor, im § 74 der Verordnung die Bestimmungen des § 66 Ziff. 1 und 2 des § 71 B.R.G. nicht aufzunehmen, weil es nicht anerkennen wolle, daß die Reichswasserstraßenverwaltung ein Betrieb mit wirtschaftlichen Zwecken sei. Im übrigen sei für die Reichspost, die Reichsbank und den Reichsbrauweinmonopolbetrieb die Frage, ob diese Verwaltungen Betriebe mit wirtschaftlichen Zwecken seien, beim Reichsoberverwaltungsamt zur Entscheidung anhängig gemacht. Bis zur Erledigung dieser Streitfälle wolle es durch Erlaß die Verwaltungen anweisen, den Betriebsräten in der Reichswasserstraßenverwaltung alle ihnen aus §§ 66 Ziff. 1 und 2 und § 71 B.R.G. zustehenden Rechte zu gewähren. Für den Fall, daß die Entscheidung dort oder eine für die Reichswasserstraßenverwaltung anhängig gemachte Klage gegen die Arbeitnehmer ausfiele, solle der Erlaß zurückgezogen werden. Außer dieser Differenz bestanden noch solche bezüglich der Bildung von Gesamtbetriebsräten und der Stellung der Beamtensammler in der Betriebsräteverordnung.

Die Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigungen bestritten dem Reichsoberverwaltungsamt das Recht, selbständig Teile des Betriebsrätegesetzes außer Kraft zu setzen und betonten, daß nach § 61 B.R.G. die Betriebsräteverordnung nur die Bildung von Einzelbetriebsräten und Gesamtbetriebsräten sowie die Abgrenzung ihrer Befugnisse gegeneinander enthalten dürfe.

Da das Reichsoberverwaltungsamt die Forderung der Arbeitnehmer auf Einbeziehung der Bestimmungen der §§ 66 Ziff. 1 und 2 sowie des § 74 nach Berücksichtigung mit den übrigen Ressortministerien ablehnte, gaben die Arbeitnehmervertreter folgende Erklärung ab:

Nachdem die Vertreter des Reichsoberverwaltungsamts in der Verhandlung über den Entwurf einer Betriebsräteverordnung die seitens der Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer aufgestellte Forderung, in den § 74 des Entwurfs die Absätze 1 und 2 des § 66 und § 71 des B.R.G. (§§ 70 und 71 der Reichsbahnverordnung) aufzunehmen, abgelehnt haben, bedauern die Vertreter der obengenannten Organisationen an weiteren Beratungen über diesen Entwurf in der vorliegenden Fassung nicht mehr mitwirken zu können.

Die Bescheidung der Rechte der Arbeitnehmer ist ein Vorstoß gegen den wirtschaftsdemokratischen Geist der republikanischen Verfassung. Sie ist ein Ausfluß des alten bürokratisch-juristischen Geistes. Es ist tief bedauerlich, daß ausgerechnet ein Reichsministerium den Unternehmern das Beispiel zur Selbstorganisation eines Betriebes gibt. Daß die Reichswasserstraßenverwaltung kein Betrieb mit wirtschaftlichen Zwecken ist, ist eine Behauptung, deren ungewollte Ironie nur übertroffen wird von der Beengtheit der Auffassung, die sich darin offenbart.

## Wachsende Erregung der Eisenbahner.

Am Dienstag fand im stark überfüllten großen Saale der Böhm-Brookers eine Mitgliederversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes statt, in welcher als erster Punkt der Tagesordnung stand: „Unsere Forderungen zur neuen Lohn- und Gehaltsbewegung.“ Der erste Bevollmächtigte Beefer schilderte die wirtschaftliche Notlage der Lohn- und Gehaltsempfänger seit der letzten Lohn- und Gehaltsbewegung. An Hand statistischer Materialien wies Redner darauf hin, daß die Preise für die notwendigen Lebens- und Bekleidungsgegenstände seit dem Nord an Rathenau ins unermessliche gestiegen sind, so daß die Arbeiter- und Beamtenschaft fast vor der Verzweiflung stehe. Bei Verlesung eines Antwortschreibens vom Finanzministerium an die Spitzenorganisationen am Grund neuer Lohn- und Gehaltsforderungen brah unter den Versammelten ein Sturm der Entrüstung los. In der Diskussion kam reißend von allen Rednern zum Ausdruck, daß die Notlage aller Lohn- und Gehaltsempfänger ins grenzenlose wächst und daß der Hauptvorstand nun endlich zur Tat übergehen müsse.

Das anwesende Hauptvorstandsmitglied Bernhard gibt der Versammlung bekannt, daß der Hauptvorstand bereits Schritte unternommen hat, um neue Forderungen an die Regierung zu stellen. Bernhard erklärte eingehend die Ursachen einer momentanen Zurückhaltung für einen eventuellen Streik. Der Hauptvorstand ist sich der Notlage aller Lohn- und Gehaltsempfänger voll bewußt und wird im gegebenen Augenblick die Initiative ergreifen. Es wurde einstimmig eine Entschließung an das Reichsfinanzministerium angenommen, in der es heißt:

„Die heutige Mitgliederversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Ortsgruppe Groß-Berlin, ist empört über die bevorstehende Art und Weise der Verhandlung, mit der man sich im Reichsfinanzministerium über die Notlage des Personals hinzieht. Wenn der Minister in seiner Antwort vom 8. Juli an die Spitzenorganisationen erklärt, daß eine gegenwärtige Notlage der Beamten- und Arbeiterchaft nicht vorliegt und dies damit begründet, daß die Nachzahlungen auf Grund der Juni-Regelung in der überwiegenden Mehrzahl aller Fälle noch nicht ausgeführt seien, so klingt das wie ein Hohr auf die traurigen Wirtschaftsverhältnisse, von denen man im Reichsfinanzministerium scheinbar keine blasse Ahnung hat.“

Die Dezember-Provokation des Reichsfinanzministers ist besonders den Eisenbahner noch in sehr lebhafter Erinnerung. Dagegen scheint die Auswirkung der damaligen ablehnenden Haltung, die sich gleichfalls auf Einheitslosigkeit und außenpolitische Erwägungen stützte, dem Reichsfinanzministerium vollständig in Vergessenheit geraten zu sein. Selbst nach den Berechnungen des Reichsstatistischen Amtes reichen die derzeitigen Bezüge noch nicht aus, um den Rohrungsmittelbedarf nach dem Ende des Monats Mai decken zu können. Inzwischen sind aber die Preise insbesondere für inländische Erzeugnisse um 50 bis 100 Proz. gestiegen. Solange die Regierung dieser Entwicklung tatenlos zusieht, dem freudlosen Treiben der Geldspekulanten, Wucherer und Saboteure unserer Volkswirtschaft nicht durch wirksamere Maßnahmen das Handwerk legt, solange bleibt dem Personal nichts anderes übrig, als sich durch neue Forderungen aus der drohenden Verelendung zu retten. Da sich die wachsende Not durch anheupolische Erzeugnisse und Beschuldigungen nicht bannen läßt, ist eine unersetzliche Erhöhung der Bezüge erforderlich. Eine weitere Verschleppung wäre geradezu unverantwortlich und müßte die schwersten Folgen zeitigen.“

## Von der Bevollmächtigtenwahl der Metallarbeiter.

Die Kommunisten lassen alle Minen springen, um sich bei der bevorstehenden Wahl der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu beteiligen. In einem langen Artikel setzt die heutige Morgenausgabe der Berliner „Prawda“ auseinander, was die Kommunisten angeblich wollen und nicht wollen. Auf das Geschimpfe über die Amsterdamer eingezugehen, verliert sich nicht. Dabei entschließt dem Kommunistenblatt jedoch ungewollt ein Eingeständnis, das wir gern der breiten Öffentlichkeit übermitteln. Nachdem das Blatt eingesteht, daß auch ihr Kandidat „an die wirtschaftlichen Gesetze gebunden“ ist, schreibt es unter anderem:

„Deshalb sind wir Anhänger und Verehrer der roten Gewerkschaftsinternationale, im Gegensatz zum Amsterdamer I.O.B., der als eine Vereinigung von nationalen Gruppen, in der jede Sektion tut, was sie will, die Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital in internationaler Kapital betreibt.“

